

Volkswocht

für Schlessien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 54.

Montag, den 5. März 1900.

11. Jahrgang.

Politische Uebersicht.

„Vorwärts“ contra Sombart.

II.

In Nr. 42 des „Vorwärts“ nahm Genosse Dr. Conrad Schmidt das Wort, um zunächst seiner Verwunderung über den Ton, in welchem der „Vorwärts“ über Professor Sombart herzog, Ausdruck zu geben. Er sagt von Sombarts nach dem „Vorwärts“ „entsetzlich wohlwollenden“ Büchlein über „Sozialismus und soziale Bewegung“:

„Die kleine Schrift war in der theoretisch vertiefenden und praktisch darstellenden Art, in der sie das Verhältnis von Arbeiterbewegung und Marxismus entwickelt, das Wesentliche und das Historisch-Zufällige innerhalb des Marxismus zu scheiden suchte, eine äußerst interessante und fruchtbare Arbeit. Dabei von erheblichem Erkenntniswert, offen und klar in ihrer Sympathie für den Arbeiterstand, für die Interessen des Proletariats, ein weit in bürgerliche Kreise hinein wirkendes Werk der Aufklärung, das von der Partei mit Freude und Genugthuung begrüßt werden konnte.“

Dann wendet sich Genosse Dr. Schmidt gegen die Behauptung des „Vorwärts“ von der fundamentalen Wichtigkeit des in der dritten Auflage jenes Wertes geschriebenen Abjages. Er fragt:

Was soll es nun heißen, wenn dieser Mann (Sombart) bloß darum, weil er für den — mit vollem Recht von uns bekämpften — Plattenplan eingetreten ist, als sammerbolle Wetterfahne in unserer Presse abgefanzelt wird, wenn man seinem Verhalten nun auf einmal die kleinlichsten Motive unterstellt? Denn von irgend welchem diese Vorwürfe begründenden Sachverhalt ist doch gar nicht die Rede! Daraus, daß der angelegte Passus der ersten Auflage in der neuen gestrichen worden ist, daraus läßt sich denn doch beim besten Willen ein solcher Streich nicht drehen! Ich verstehe nicht, wie man einen Widerspruch zwischen Sombarts Eintreten für die Flotte (das auch mit natürlichem Bedauern) und jener nach Behauptung des Kritikers jetzt arglistig und hinterhältig unterdrückten Passus herausfinden will? Woher denn Sombart in jenem Passus, daß die Kulturgesellschaft, der Verband kulturell gleichstehender Staaten, Westeuropas“ ihm jetzt — und um das jetzt handelt es sich doch wohl bei solchen Dingen, wie Plattenvorlagen u. s. w. — als „eine Nation“ gelten? Er sagt es nicht und kann es vernünftiger Weise nicht sagen. Der ganze Passus ist bloße Zukunftsphantasie und wird als solche — für jeden kenntlich — bereits durch den ersten Satz des Kapitels eingeleitet: „Selbst dann, wenn in Westeuropa etwa sich die nationalen Gegensätze so weit gelöst haben, daß die nationalen Gegensätze fast beherrschten, glaube ich, darf man doch niemals annehmen, daß diese westeuropäische Kultur unbeeinträchtigt ihren Gang weiter nehmen wird, ohne daß andere Elemente sich einschleichen werden.“ Dann werden aber später, zu dieser Perspektive wendet sich Sombart, der Augenblick kommen, wo die nationalen Gegensätze Westeuropas vor dem gemeinsamen Gegenstand westeuropäischer Kultur gegen rassistisch-asiatische Kulturen zusammenschwinden würden. Ich würde wirklich nicht, wenn die „fundamentale Wichtigkeit“ dieser hier ausgesprochenen Vermutung über die Ueberzeugung bestehen sollte? Für die Beurteilung der Gegenwartsfrage, für die Stellungnahme zu den gegebenen Problemen, Plattenvorlage u. s. w. ist sie doch jedenfalls recht sehr bedeutungslos.

Dr. Schmidt meint dann, daß Sombart diese Stelle vielleicht deshalb jetzt fortgelassen habe, weil ihm jene Perspektive gegenwärtig so unsicher und in so weite Zukunft hinausgerückt erscheint, daß ein Eingehen auf dieselbe sich nicht verlohne. Jedenfalls aber ersteine die Erklärung des „Vorwärts“, daß Sombart sich durch jenen Passus als Flotten- und Marine- und Seefahrtswärmer augenblicklich genirt gefühlt und ihn nun mit menschelwürdiger Heimsüchlichkeit, hinter dem Rücken der Leser, aus der Reihe der Lebendigen habe wegstilgen wollen, als die gekünstelteste und absurdeste. Die Gewalttätigkeit der Auslegungstaktik des „Vorwärts“ charakterisiert Genosse Schmidt

durch den Hinweis, daß der „Vorwärts“ „von zwei Sätzen, in denen Sombart seinen alten Standpunkt — nur ohne Ausmalung jener Zukunftsperspektive — auch in der neuen Auflage markiert, schlankweg erklärt, sie seien „aus Versehen nicht gestrichen“! Nicht genug also, daß Sombart täuschen wollte, ihm soll nun auch noch die Klarheit des Kopfes, die zur konsequenten Durchführung der Täuschung notwendig gewesen wäre, gefehlt haben!“ sagt Genosse Schmidt, indem er meint, daß solche Waffen sich gegen den Kämpfer selbst richten.

In Nr. 46 des „Vorwärts“ nimmt dann Professor Dr. Sombart selbst das Wort, um sich in längeren Ausführungen gegen „einen Angriff von solcher Schärfe, wie sie auch im politischen Leben nicht gerade häufig ist“, zu wehren. Ihm liege grade jetzt daran, daß die sozialistischen Kreise von seinem besten Willen gerade für die von ihnen vertretene Sache überzeugt bleiben.

„Sollte es denn nicht möglich sein“, fragt Sombart, „eine abweichende Meinung in ehrlichem, offenem Kampfe zu verfechten? Ist es denn gar nicht zu vermeiden, daß man den Gegner bekämpft, indem man ihn beschimpft?“ Sombart unternimmt dann eine Widerlegung zunächst des Vorwurfs, daß er in der dritten Auflage seines Werkes „zu Unrecht behauptet hätte, „durchgreifende, sachliche Änderungen“ nicht vorgenommen zu haben, sondern die Schrift „im Text im wesentlichen gleichlautend“ hinauszuweisen. Die Streichung des vorletzten Abschnitts im siebenten Kapitel sei aber eine wesentliche Änderung.“ Sombart sagt dagegen:

Der Grundgedanke meines Buches ist der, daß es sich in aller Geschichte stets um einen doppelten Gegensatz, den der Gemeinschaften unter einander und der einzelnen Gruppen innerhalb der Gemeinschaften gegen einander, handelt, je nachdem die Gemeinschafts- oder Gruppeninteressen vorwiegen. Vor diesem Gedanken eines stets doppelten Gegenstandes: eines sozialer und eines nationalen, nehme ich meinen Ausgangspunkt, zu ihm kehre ich am Ende meiner Ausführungen zurück. Inhalt der Schrift ist die Theorie der sozialen Gegensätze in der Gegenwart; die nationalen hatte ich nur zu wesen. Ich tat es und thue es in der Weise, daß ich ausdrücklich es für falsch erkläre, wenn das Proletariat aus dem berechtigten impulsiven Anti-Nationalismus eine anti-nationale Theorie bilde; daß ich ausdrücklich die jeder Zeit vorhandene Möglichkeit überwiegen nationaler Interessen behaupte: „Wann... die Gegensätze innerhalb der nationalen Gemeinschaft, die sozialen, jene immer vorhandenen zwischen den Nationen überholen, wann diese jene, das wird man schwer auch nur für eine kurze Spanne Zeit mit Gewißheit voraus zu bestimmen wagen dürfen.“ (2. Aufl. S. 72, 3. Aufl. S. 94.) Daß aber, so weit wir überhaupt zu diesen Reiben rücken, die kraftvolle Vertretung nationaler Interessen niemals ganz entbehrlich werden wird, das freilich muß auch dem kurzschichtigen klar“ (sein); 2. und 3. Aufl. a. a. O. gleichlautend; und gerade wieder in unserer Zeit klarer denn je geworden sein“ (Hinzufügung in der 3. Auflage) „Sobald aber ein anderer (2. Aufl. „gemeinsamer“) Feind den Bestand (2. Auflage „Erkennung“) einer Gemeinschaft überhaupt bedroht, wird diese sich immer wieder ihrer Gemeinschaftsinteressen bewusst werden und sie verteidigen und unterdessen werden die Gegensätze im eigenen Innern in die zweite Reihe rücken. Also von einer grundsätzlichen (2. Aufl. „prinzipielle“) Ablehnung des Nationalismus kann, wie die Weltlage (2. Aufl. Weltkonstellation) heute ist, auch beim Proletariat keine Rede sein. Zur Erörterung (2. Aufl. Diskussion) wird nur immer der Kreis von verwandten Kulturstaaten stehen, auf die man die anti-nationale Stimmung nicht ausdehnen werden möchte. Wie sich solche nationalen Gruppen bilden werden, das ist eine Frage, die zu entscheiden uns hier nicht obliegt, wo ich nur die grundsätzliche (2. Aufl. prinzipielle) Seite auch des nationalen Problems hervorheben wollte.“ Diese in der 2. und 3. Auflage bis auf die in [] angegebenen Abweichungen gleichlautenden Sätze enthalten den wesentlichen Inhalt dieses Abschnitts. Für den Gedankengang völlig unwesentlich, ja schon in der 2. Auflage ausdrücklich für unwesentlich erklärt, war die beispiels-

weise, konjekturale Bildung einer möglichen Gegenständigkeit von Gemeinschaften; der zwischen westeuropäischen Völkern und Völkern des Ostens. Ich leitete sie in der 2. Auflage ein mit den Worten: „denn selbst dann, wenn in Westeuropa etwa sich die nationalen Gegensätze soweit gehoben denken ließen, daß...“ anknüpfend an die herrschende Vorstellung des Proletariats von der Interessensollbarkeit der Nationen. Womit offenbar noch gar kein positives Urteil über die behobene oder nicht behobene Interessens-Gegenständigkeit der westeuropäischen Nationen gesagt war, auch nicht mit dem Satze: „Es wird meiner Ueberzeugung nach der Augenblick kommen, wo die gesamte europäische Gesellschaft sich sagt: jetzt sind alle unsere Gegensätze belanglos gegenüber dem, was uns vom Feinde droht.“ Damit war nicht behauptet, als eine für den Moment gegebene oder mögliche Gegenständigkeit, die vorher oder nachher durch andre verdrängt werden könnte. Auch sollte es ja doch nur sich um eine Beispielveranschaulichung in jenem Zusammenhang handeln. Von einer Festlegung weltpolitischer Tendenzen, wie der Herr Verfasser meint, sollte gar keine Rede sein.

Sombart bleibt auf Grund dieser Darlegung dabei, daß er wesentliche Änderungen in der dritten Auflage nicht vorgenommen habe. Auch der Ausdruck „äußerer“ anstatt „gemeinsamer Feind“ passe grundsätzlich besser für seine Theorie. Die Änderung des „Vorwärts“, daß er jene — tatsächlich gar nicht vorgekommene — Änderung abgelehnt habe, wolle er nicht beantworten, da er den „Vorwärts“ in diesem Falle als „das Opfer momentaner Uebereilung“ betrachte. Dann wendet sich Sombart zur Beantwortung der Frage, weshalb er die in Rede stehende Streichung vorgenommen habe. Er meint zunächst:

Der Verfasser meines Artikels deutet die Entstehungsweise der beiden Standpunkte, wie sie in der zweiten und dritten Auflage zum Ausdruck kommen, an: er meint, 1896 habe ich an die „gelbe“ Gefahr geglaubt, weil im Jahre vorher Kaiser Wilhelm unter ein Knackfußliches Bild einen entsprechenden Satz geschrieben habe und 1890 sei ich deutscher Aufgänger-Chauvinist, weil im Jahre 1899 der Marineplan Kaiser Wilhelms II. bekannt geworden sei.

Diese Kausalerklärung scheint mir, getrieben sich mehr durch Einfachheit als durch Wahrscheinlichkeit aus. Wer mich auch nur ein klein wenig kennt, wird sich eines solchen nicht haben erwehren können, als ihm hier die enge Verknüpfung meiner Ansichten mit den Meinungs- und Willensäußerungen Kaiser Wilhelms II. bekannt gegeben wurde. Uebrigens sollte ich meinen; wenn man schon regierungstronisch sich zu benehmen ein Interesse hat, dann sei eine so behobene Streichung doch immerhin nur ein unvollkommener Versuch. Sollte sie wirklich schon genügen, um mich, meinen „Sozialismus“ und was ich sonst verbrochen“ habe, an den maßgebenden Stellen mundgerecht zu machen? Das wäre immerhin ein erfreuliches Symptom; aber ich glaube nicht recht daran. Siehe die „Post“!

Sombart sagt dann, daß ihn zur Streichung jenes Absatzes zunächst das Empfinden veranlaßt habe, daß es mit dem Inhalt jener Sätze nicht in Einklang zu bringen war, daß tatsächlich auf eine konkrete nationale Gruppierung eingegangen würde. Es sollte ja nur die prinzipielle Seite der Frage erörtert werden; deshalb war jede Exemplifikation störend, zum mindesten überflüssig. Der Geist dessen, was mir vorschwebte, wird in der jetzigen Fassung reiner zum Ausdruck gebracht als in der früheren.“ Dann aber hätten ihn sachliche Bedenken zur Streichung veranlaßt. „Der Gedanke eines gegen andringende östliche Feinde vereinigten Westeuropas war 1896 wenigstens nicht außer jedem Bereiche praktischer Möglichkeiten. Seitdem hat sich so viel ereignet, was früher in manchen vier Jahrzehnten nicht, was zu einem völlig neuen Urteil über die Weltlage notwendig zwingt.“ Sombart sucht das des Längeren darzulegen, indem er auf die Wandlung in der nun nach Osten gerichteten russischen Politik hinweist und betont, daß England sich inzwischen als unser bedeutendster und gefährlichster Gegner offenbart habe. Deshalb sei jetzt ein Exemplifizieren auf ein vereinigtes Westeuropa gänzlich

Exzellenz Rougon.

Roman von Emile Zola.

Deutsch von Kurt Baake.

(Stadtdruck vertrieben.)

120) Bis jetzt hatte der Kaiser offenbar nur Hoffatsch und Anlagen wiederholt, die ihm von Personen seiner Umgebung ausgetragen waren. Aber er mußte noch andere Geschichten wissen, Dinge, die der Hof nicht kannte, die ihm seine geheimen Privatagenten berichtet hatten und denen er ein viel lebhafteres Interesse widmete. Denn er liebte die Spitzelerei, die weit ausgebreitete Maulwurfsarbeit der Polizei. Einen Augenblick sah er Rougon mit zweideutigem Lächeln an, dann sagte er im vertrockneten Tone und amüsierte sich augenscheinlich innerlich:

„Oh, ich bin gut unterrichtet, besser, als ich manchmal dachte... Passen Sie auf, eine andere kleine Datsache. Sie haben in Ihrem Verwaltungsbureau einen jungen Mann, den Sohn eines Obersten, eingestellt, obwohl er nicht das Reisezeugnis eines Gymnasiums vorzeigen konnte. Das ist ja gewiß ohne jede Bedeutung, aber Sie machen sich keine Vorstellung davon, welcher Lärm wegen solch' eines Vorfalls entsteht... Solche dumme Geschichten machen überall böses Blut. Solche Politik taugt nichts.“

Rougon antwortete nicht. Die Majestät hatte noch nicht Alles gesagt, sie öffnete die Lippen, suchte nach Worten, aber was sie zu sagen hatte, schien ihr selber peinlich zu sein, denn sie schaute einen Augenblick, ob sie überhaupt so tief hinabsinken solle, dann aber kösterte sie schließlich:

„Ueber diesen Thätigkeitsfall will ich Ihnen nicht erst etwas sagen, es heißt Kette und ist auch einer Ihrer Schützlinge, nicht wahr? Er betriegt sich, ist unverschämmt und das Publikum wird die Beamten beklagen, sich darüber... All' das ist sehr ärgerlich... sehr ärgerlich.“

Dann erhob er die Stimme plötzlich und sagte zum Schluß:

„Sie haben zu viel Freunde, Herr Rougon. All' diese Freunde haben Ihnen bloß. Wer es fertig bekäme, Sie mit ihnen zu entzweien, würde Ihnen einen Dienst leisten... Na, räumen Sie mir die Entlassung des Herrn Du Boisat ein und versprechen Sie mir, auch die übrigen fahren zu lassen.“

Rougon war kaltsblütig geblieben. Er verneigte sich und sagte mit tiefer Betonung:

„Sire, ich bitte im Gegentheil Em. Majestät um das Offiziersband der Ehrenlegion für den Präseken von Deux-Sevres... Und ebenso habe ich noch um andere Gunstbezeugungen zu bitten...“

Er zog ein Notizbuch aus der Tasche und fuhr fort:

Herr Beauin bittet Em. Majestät um die Gnade eines Besuchs seiner Kryskallwaarenfabrik in Saint Florent gelegentlich einer Reise nach Bourges... Oberst Gobelin wünscht eine Anstellung in einem der kaiserlichen Schlösser... Der Thürhüter Merle erinnert daran, daß er im Besitze der Militärmedaille ist und bitter um einen Tabakstraß für eine seiner Schwefeln.“

Der Kaiser hatte zu lächeln begonnen. „Ist das Alles?“ fragte er. „Sie sind ja ein heroischer Gönner. Ihre Freunde müssen Sie anbeten.“

„Nein, Sire, sie beten mich nicht an, aber sie stützen mich!“ erwiderte Rougon so ungeschämmt freimütig, wie es seine Art war.

Das Wort stießen den Herrscher sehr zu fräppieren. Eben hatte Rougon das ganze Geheimnis seiner Treue ausgeliefert: Sobald er seinen Kredit einmal einschlafen ließ, war es mit seinem Kredit vorbei, und trotz des Standals, trotz des Mißvergnügens und der Verrätherlei seiner Bande war er, weil er nur sie hatte, sich nur auf sie stützen konnte, dazu ver-

urteilt, sie bei guter Gesundheit zu erhalten, wenn er sich selber wohl befinden wollte. Je mehr er für seine Freunde herausfing, je maßloser und unverbändiger sich die Gunstbezeugungen ausnahmen, um so stärker war er. Respektvoll, aber mit fühlbarer Absicht, fügte er hinzu:

„Ich wünsche von ganzem Herzen, daß Em. Majestät um der Größe des Reiches willen, noch lange die treuen Diener um sich behalten mögen, die Ihnen bei der Wiederaufrichtung des Kaiserthums geholfen haben.“

Der Kaiser lächelte nicht mehr; er machte einige Schritte, seine Augen verschleierte sich und er versank in tiefes Sinnen. Es war, als sei er erblaßt, als sei ein leiser Schauer über seine Haut geriselt. Seiner mythischen Natur drängten sich Vorgeföhle mit äußerster Gewalt auf. Er brach die Unterhaltung kurz ab, um nicht die letzte Folgerung ziehen zu müssen und verschob es auf später, seinen Willen durchzusetzen.

Er zeigte sich wieder sehr gnädig, ja, er kam sogar auf die Debatte zurück, die im Ministerrathe stattgefunden hatte, und schien jetzt, wo er reden konnte, ohne sich zu sehr zu binden, Rougon recht zu geben. Das Land sei in der That noch nicht reif für die Freiheit. Eine energische Hand müsse noch lange, frei von Schwäche, die Geschäfte entschlossen führen. Zum Schluß versicherte er den Minister von Neuem seines vollen Vertrauens; er ließ ihm völlig freie Hand und bekräftigte alle seine früheren Meinungen. Aber Rougon glaubte noch nachdrücklicher auf seinem Standpunkt beharren zu müssen.

„Sire“, sagte er, „ich möchte nicht irgendetwas abelwollenden Geschwätz preisgegeben werden; ich bedarf der Stetigkeit, wenn ich die schwere Aufgabe erledigen soll, für deren Lösung ich heute verantwortlich bin.“

„Sehen Sie ohne Furcht vorwärts, Herr Rougon. Ich bin mit Ihnen“, erwiderte der Kaiser. (Fortsetzung folgt.)

Commission folgende Resolution: Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, auf eine Abänderung des § 57 Ziffer 10 des Zolltarifgesetzes zu wirken, insbesondere auf Aufhebung der für die Ausfuhrgegenstände vom Schiffe bestehenden Zollfreiheit.

Abg. Sped (Centr.) giebt der Befürchtung Ausdruck, daß das neue Maßregulativ die besseren Sorten Getreide vom Export ausschließen werden würde. Die Resolution bitte ich anzunehmen, da die Zollfreiheit für Ausfuhrgegenstände von Schiffen zu weit ausgedehnt wird.

Abg. Graf Schwerin-Löwitz (Kon.): Die Befürchtung, daß allgemeine Wahlen durch das neue Regulative "erschwert" werden würden, unbegründet. Weiter fordert Redner Aufhebung der Wahlen und gemischten Transillager. Die Landwirtschaft erwartet die Aufhebung der Ausfuhr des neuen Zolltarifs. (Bravo rechts.) Reichskanzler v. Bismarck: Die Landwirtschaft kann überzeugt sein, daß die Regierung ihr bei Aufhebung des Zolltarifs das gleiche Wohlwollen entgegenbringen werde, wie andere Interessengruppen.

Abg. Broemel (fr. Bg.): Die gemischten Transillager liegen Interesse derjenigen Kreise, die an Deutschlands internationalen Handelsverhandlungen in Betreff der Zollfreiheit für Schiffbaumaterial vorbringt ist, war der Hinweis auf den großen Umfang der Einfuhr solcher Materialien. Die Hauptsache aber, daß Eisen importiert wird, beweist, daß Deutschland den Bedarf nicht decken kann. Wenn die Zollfreiheit aufgehoben wird, so wird die Einfuhr von Eisen in Stettin gegenüber dem Freibahn in Hamburg schwer geschädigt. Die beteiligten Kreise sind garnicht gekragt worden, während sonst bei Zollveränderungen die umfassensten Mitteln zur Ermittlung angeordnet werden. Ich bitte das Haus, die Resolution abzulehnen.

Abg. von Kardorff (Rpt.): Der große Eisenexport Deutschlands beweist, daß Deutschland durchaus in der Lage ist, den gesamten Bedarf an Eisen zu decken. Seit der Zeit, als diese Zollfreiheit eingeführt wurde, hat sich doch die Schiffbauindustrie erheblich entwickelt. Der internationale Getreidehandel müßte geschützt werden, meinte Herr Broemel. Das kann nur geschehen durch die Landwirthschaft. Herr Thielmann hat zwar der Landwirthschaft kein Wohlwollen ausgesprochen, hat aber die Befreiung von gemischten Transillager gar nicht erwähnt. Hoffentlich wird die Regierung endlich dazu gedrängt, der Landwirthschaft mehr entgegenzukommen. (Bravo rechts.)

Abg. Sped (Centr.) bemerkt gegenüber dem Abg. Kardorff, daß der Abg. Freye in der Kommission gegen die Resolution entschieden Einspruch erhoben hat.

Abg. Broemel (fr. Bg.): Ich würde mich der Resolution gegenüberstellen, wenn nach ihr Erhebungen in dieser Frage angeordnet werden könnten. Da dies nicht der Fall ist, bitte ich die Resolution nicht anzustimmen.

Abg. Herr. von Wangenheim (W. v. L.): Ich stelle fest, daß der Staatsekretär die Antwort auf die Frage des Grafen Schwerin schuldig geblieben ist. Die Landwirthschaft weiß nun, daß sie von den nächsten Handelsverträgen zu erwarten habe. (Bravo rechts.)

Staatsekretär Herr. von Thielmann bemerkt, er hätte ja nur die Antwort wiederholen können, die der Herr Reichskanzler im vorigen Jahre ertheilt habe.

Demit schließt die Diskussion. Der Titel wird bewilligt. Junge zu Fertiger beantragt die Kommission eine Resolution, die die verbündeten Regierungen anordnet, sollen, daß der Verkauf der künstlichen Süßstoffe an die Apotheken verboten werde mit der Maßgabe, daß sie nur auf ärztliche Anordnungen ausgegeben werden dürfen.

Abg. Dr. Paasche (natl.): Ich möchte darauf hinweisen; daß Herr Thielmann neuerdings die Pflanzenzölle, besonders Belgien und Frankreich gegenüber, reduziert hat, ebenso Argentinien gegenüber. Die Regierung möge dafür sorgen, daß das auch Deutschland gegenüber geschehe.

Staatsekretär Herr. von Thielmann erwidert, daß die Regierung beabsichtigt ist, die Meißbegünstigung auch für sich zu erwirken. Das sei vom Regierungssitz schon mehrfach in aller Schärfe betont worden.

Abg. Wurm (Soz.): Von der Kommission ist die Resolution, daß Sacharin dem Apothekenwage unterworfen wird, zwar angenommen, aber die Fraktionen haben dazu gleich auch nicht alle Zustimmung genommen. Ich beantrage daher, die Beschlußfassung bis zur 2. Lesung auszuweisen. Das Sacharin auch für den Privatgebrauch zu verbieten, geht zu weit. Wird das Sacharin als Ersatz für Zucker und als solcher für ebenso nachhaft wie Zucker bezeichnet, haben wir keinen Anlaß, ein gesetzliches Verbot dagegen auszusprechen. Dafür genügt das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb. Ich wende mich also persönlich gegen die Resolution aus dem Grund, daß die Kommission zu dieser Frage demnächst noch Stellung nehmen wird.

Abg. Graf Stolberg (kons.): Das Sacharin schädigt mit der Konkurrenz die Zuckerfabrikation und die Gesundheit des Menschen. Das Gesetz von 1898 hat sich als völlig unermesslich erwiesen. Ein Verbot des Sacharins würde den Schmuggel heben; es bleibt also nur eine sehr hohe Steuer übrig, was zwar die nach dem Schwere berechnet werden. Außerdem müßte das Sacharin dem Apothekenwage unterworfen werden.

Abg. Dornes (fr. Bg.): Ich behalte mir vor, auf die Ausfahrungen des Korrespondenten näher einzugehen, wenn sich mein Interesse über ihre Stellung zu der Resolution schärfen wird.

Abg. Paasche (natl.): Gerade in den ärmsten Schichten der Bevölkerung ist der Konsum von Sacharin am größten. Man muß doch daran denken, daß nicht mit der Unerbittlichkeit dieser Leute Mißbrauch gemacht wird. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Gahn (wildkons.): Im Interesse der ärmsten Bevölkerung, haant man insbesondere den Kindern nicht durch Verabreichung von Sacharin statt Zucker einen wichtigen Nährstoff entziehen, so ist die Resolution bei der dritten Lesung anzunehmen.

Abg. Müller-Baganz (fr. Bg.): Wir werden einen Weg suchen, um Täuschungen zu vermeiden und daß andererseits das Sacharin zu Heilzwecken freigegeben wird.

Abg. Wurm (Soz.): Der schlimmste Feind des Zuckerverbrauchs ist die Zuckersteuer. In dem Augenblick, wo diese aufgehoben wird, wird sich auch der Konsum des Zuckers in der ärmsten Bevölkerung heben. Durch ihre Steuer machen Sie es den ärmsten ungenügend, soviel Zucker zu genießen, wie sie brauchen. Die Argumentation, daß das Sacharin zu Verfälschungen verwendet werden würde, ist nicht stichhaltig, dann müßte man z. B. das Wasser verbieten, weil es zum Verfälschen von Wein gebraucht wird. Die gewerbliche Verwendung des Sacharins ist durch das Gesetz ausdrücklich gestattet. Wir wenden uns nur gegen den Eintrag in die Privatbäckereien, die Sacharin verwenden, und das Reichsgesundheitsamt bitten, uns mitzutheilen, wie die Gesundheitsbehörden des Sacharins geht. Der Hauptgrund, weshalb man jetzt Sacharin verbieten will, liegt in der gesteigerten Zuckerproduktion, das einzige richtige Mittel, den Zuckerverbrauch zu heben, ist die Aufhebung der Zuckersteuer. (Sehr richtig! links.) England verbietet nur die gewerbliche Verwendung des Sacharins bei der Vorbereitung, die Benutzung in Privatbäckereien ist nicht verboten. Herr Gahn meinte, der Beschränkung des Sacharins sei nicht abzuweichen, der Wirth könnte seinen Verbrauch durch geübten Kaffeegenuss decken. Das ist nicht möglich. Der Zucker wird doch immer extra geliefert.

Abg. Dr. Gahn (natl.): Glauben Sie doch nicht, daß die Zuckersteuer so sehr für die Vertheilung der Zuckersteuer sind, wie man mit nur aus fiskalischen Gründen.

Der Titel der Zuckersteuer wird bewilligt. Die Abstimmung über die Resolution findet erst in dritter Lesung statt.

Es folgt der Etat der Steuern und Abgaben. Die Budgetkommission hat die Einnahme für Stempel für Lotteriedrucke von 1,000 Mk. auf 18,904,000 Mk. erhöht.

Abg. Graf Stolberg-Wernigerode (kons.) beantragt, den Zinssatz für Lotteriedrucke von 10 vom Hundert auf 15 vom Hundert zu erhöhen.

Der Antrag der Budgetkommission wird angenommen, die Abstimmung über den Antrag Stolberg wird bis zur dritten Lesung ausgesetzt.

Der Etat der Steuern und Abgaben wird bewilligt. Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Gesetz über die Konsulargerichtsbarkeit. Petitionen.)

Preußischer Landtag.

Berlin, 8. März 1900.

Im Abgeordnetenhaus droht Herr v. Kröcher jetzt in jeder Sitzung mit Abendstimmungen. Trophem geht die Beratung des Eisenbahnetats nur sehr langsam vor sich. Das Gehalt des Ministers wurde bewilligt und der Antrag Wiener auf Herabsetzung der Eisenbahntarife abgelehnt. Obwohl einige Zentrumredner sich für Tarifermäßigungen ausgesprochen hatten, stimmten doch schließlich nur die Freistimmigen für den Antrag. Der Abg. Goldschmidt brachte die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Eisenbahnarbeiter und Beamten zur Sprache. Er tabellte die lange Arbeitszeit bei den Eisenbahnern, die in einzelnen Fällen bis 18 Stunden währt und die Herabsetzung der Alfordräge, die die geringe Erhöhung der Tageslohnsätze vollkommen weit gemacht hätte. Zum ersten Mal bediente sich ein freistimmiger Redner der Denkschrift des Ministers über die Entwicklung der Arbeitslöhne und Arbeitsbedingungen. Der beständige Hinweis der sozialdemokratischen Presse auf die Zustände in den Arbeiterbetrieben des Herrn Thielmann scheint ja nun endlich auch die Freistimmigen mobil gemacht zu haben. Der Minister erwiderte wie üblich, daß alles vorzüglich wäre. Er räumte, daß er beim Amtsantritt sofort eine Verordnung über die Arbeitsbedingungen erlassen hätte, die erste, die in einem deutschen Eisenbahnbetrieb ergangen sei, und diese Verordnung sei vom Reichseisenbahnamt als mustergerichtig allen übrigen deutschen Bahnerwartungen empfohlen worden. Man sieht, daß der Minister für sein eigenes Lob sorgt, wenn es sonst Niemand thut. Unterstützung fand er bei Herrn Gahn, während die Zentrumsgewordenen Heilig und Dackas die Arbeitslöhne in den Staatswerkstätten der Eisenbahn geringer fanden als in den Privatbetrieben. — Den Schluß der Sitzung bildete ein charakteristischer Zwischenfall. Durch einen von der Rechten angenommenen Schlusstratag war dem Abg. Goldschmidt das Wort abgeschnitten worden. In einer persönlichen Bemerkung versucht er, dem Minister zu erwidern, der unmittelbar vor dem Schluß gesprochen hatte. Kaiser aber begann er in seiner persönlichen Bemerkung einen Satz, so schwang Herr v. Kröcher die Glocke und erklärte, die Bemerkung wäre nicht persönlich. Dies Spiel wiederholte sich etwa drei Mal. Schließlich beschwerte sich Herr Goldschmidt über die Geschäftsführung des Präsidenten. Wieder kündigte Herr von Kröcher auf das befestigte, Herr Goldschmidt aber führte den einmal bezogenen Satz zu Ende. Nun schrie ihn der Junterpräsident folgendermaßen an: „Sie haben zu schreien, wenn ich die Glocke läute und mit mir nicht über die Geschäftsführung zu debattieren!“ Es war der schönste Korporation, den man sich nur denken konnte. Herr Goldschmidt fand aber leider nicht die einzig richtige Erwiderung, die Herr von Kröcher klar gemacht hätte, daß er sich nicht in der Bestimmung befände.

Montag wird die Beratung des Eisenbahnetats fortgesetzt.

Partei-Angelegenheiten.

Partei-Preße. Aus der Redaktion der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ lautet auch, wie uns mitgeteilt wird, der Genosse Paasche aus.

Als Sekretär des neugegründeten Arbeiter-Sekretariats in Altona wurde Genosse H. Müller aus Darmstadt gewählt.

Berein oder nicht Berein? Wie die Sache mit der Maus, so spielt die Polizei mit dem Begriffe „Berein“ in Anwendung auf die Arbeiterorganisationen. Kann man einer Mehrheit von Arbeitern das gemeinsame Handeln erschweren dadurch, daß man sie zu einem Verein zwingt, dann heißt sich der Bezug ins Uebelste und wir lernen einen Verein kennen, zu dem sich nach den gegebenen Merkmalen mindestens jeder Deutsche rechnen kann. Erzieht es unbequem, das Vorhandensein eines Vereins anzugeben, dann ist keine Mauer von Vorurtheilen fest genug, um die Personenmehrheit als Berein erscheinen zu lassen.

Aller Augenblicke erfährt man, daß irgendwo eine Anzahl Arbeiter, die weiter nichts verbindet, wie gleiches Streben, als Verein bezeichnet und zur Erfüllung der Vorschriften über die Vereine angehalten, aufgelöst, bestraft wird. Fiktional von Gewerkschaftsverbänden ohne alle Spur selbstständiger Organisation werden zu selbstständigen Vereinen gemacht, beauftragte Beitragskassierer werden zu Vereinstreibern gemacht, Verzeihenänderer gleichgeschinnter Leute werden angeführt. Da ist der Verein ohne Grenzen. Einem solchen „Berein“ sollte es über einfallen, z. B. ein Vergütigen zu verlangen, wozu „geschäftliche Gesellschaften“, das sind Vereine, keiner polizeilicher Erlaubnis bedürfen! In solchem Falle wird selbst dann die Vereinseigenschaft bestritten, wenn die Leute selbst sich als Verein betrachten und alle gesetzlichen Verpflichtungen der Vereine erfüllen.

Ein solcher Fall liegt wieder aus Reichel im Kreise Bitterfeld vor. Die dortige Zahlstelle des Maurerverbandes bildet einen Berein. Sie hat sich als solchen der Behörde angemeldet und die Mitgliedsliste eingereicht. Ein von ihr beabsichtigter Ball wurde vom Amtsvorsteher unter Befehligung durch den Landrat verboten, weil die einzelnen Ermittlungen ergeben haben, daß „die dortigen Maurer keine geschlossene Gesellschaft bilden“.

Es wäre nun sehr interessant, wie sich die Polizei verhalten würde, wenn sich die Zahlstelle der Maurer in Reichel einer etwaigen Aufforderung zur Einreichung ihrer Mitgliedsliste unter Verweigerung auf diese Landratsbescheidung nicht löste.

Zur Bergarbeiterbewegung.

Die polizeiliche Niederzwingung d. Bergarbeiterbewegung in Sachsen scheint lähmend auf die übrigen Bergarbeiter gewirkt und auch die Behörden anderer deutscher Distrikte zu ähnlichen Thaten angespornt zu haben. Verschiedene Meldungen aus mehreren Gegenden bestätigen das. So wird auch aus dem Halle-Weißenfischer Gebiet berichtet, daß seit der Niedermaßregelung der sächsischen Bergarbeiter sich eine Muthlosigkeit in den dortigen Bergarbeiterkreisen geltend gemacht habe. Die Bewegung in Deutschland erscheint überall im Rückgange begriffen zu sein. Und auch aus Mitteldeutschland lauten heute die Meldungen nichts weniger als hoffnungsvoll.

Dagegen steigen die österreichischen Kohlenräber noch in voller Anzahl unerschütter fest. Die Verhandlungen im Abgeordnetenhaus und die ersten Beratungen in der sozialistischen Deputation berechtigten zu den schönsten Hoffnungen und sind geeignet, den fahlen Eindruck, den die Erklärungen des Ackerkammerministers hervorgerufen haben, wieder zu verwischen. Die Kommission hat ihre Arbeiten bereits begonnen. Alles deutet darauf hin, daß man ernst arbeiten will und auch die österreichische Regierung, die zahlreich in der ersten Sitzung vertreten war, ließ durch den Ministerpräsidenten v. Körber die Erklärung abgeben, daß die Regierung in bereitwilligster Weise mitarbeiten wolle. Die ersten Beschlüsse deuten zwar an, daß man etwas zu viel Umstände machen wird, doch lassen sich ungünstige Schlüsse daraus kaum ziehen. Es mag überflüssig erscheinen, daß man nochmals Erhebungen anstellen und vor allen Dingen auch die Unternehmer hören will, man

hat sich hierbei jedoch solche Beschränkungen auferlegt, daß der Verschleppung vorgebeugt ist. Hoffentlich erfüllt die Kommission die auf sie gesetzten Erwartungen; nicht nur die 70,000 Bergarbeiter, nein, die ganze Arbeitererschaft erwartet von dieser Kommission die erlösende That, die Beendigung des Riesenstreiks zu Gunsten der Bergarbeiter.

Arbeiterbewegung.

An die Arbeitsbrüder und Kameraden richten die sächsischen Bergarbeiter folgenden Aufruf:

Der Streik der Bergarbeiter im Zwickauer und Oelsbühler Lager mußte in Folge der unerhörten beschließlichen Maßnahmen resultatlos verlaufen. Die Bergarbeiter mußten, ohne nur das geringste erreicht zu haben, unter ihr Joch kriechen.

Zu den erbärmlichen Löhnen, welche die Bergarbeiter jetzt verdienen, kommt nicht nur keine Zulage, sondern der Schichtlohn ist vielen gekürzt worden. Einige wurden außerdem noch auf 8 bis 10 Tage von der Arbeit zurückgewiesen, während gegen 400 Mann überhaupt entlassen sind. Aber auch mit diesen harten Maßregelungen sind jene Herren nicht zufrieden, sie wollen die Arbeiter auch noch um ihre Beiträge zur Knappschafts-Pensionskasse bringen, in welche die Gemahngelichten 20, 30 und noch mehr Jahre gesteuert haben und die oft bis 1000 Mk. betragen.

Familienväter von 8, 9, ja sogar 10 Kindern stehen trostlos da und harren mit Bangen, wer ihnen hilft. Alle großen Arbeitgeber nehmen keine abgelegten Bergarbeiter an, haben sich also verweigert. Der Staat hilft dem Starben; wer da hat, dem wird gegeben, und wer da nicht hat, dem wird genommen. Darum, Ihr werthvollste Schwächeren, ist, so weit es in Euren Kräften liegt, helft den Armisten der Armen.

Einen Erfolg hat die Bergarbeiterorganisation zu verzeichnen. Seit Jahren hat sie die Anordnung sanitärer Einrichtungen für die Bergarbeiter gefordert. Jetzt herbeiführt das Oberbergamt zu Dortmund eine in Vorbereitung befindliche Polizeiverordnung, wonach für die Ruhrgruben angeordnet wird: 1. Einrichtung von geräumigen, beheizten Umkleeräumen; 2. Schaffung von Einzelbrausebädern; 3. Auffstellung von Aborten auf und unter Tage; 4. Ausbildung von Sanitätsmannschaften zur ersten Hilfeleistung bei Unfällen; 5. Einrichtung von Verbandstuben und Stellung von Transportwagen für Verletzte.

Französischer Bergarbeiterstreik. Wie die „Revue Republique“ antheilt, haben die Kohlenarbeiter in Carmaux beschlossen, im Auslande zu verharren und Waldeck-Rousseau um Uebnahme des Schiedsamt zu ersuchen.

lokales und Provinziales.

Breslau, den 5. März 1900.

* Veteranendank. Für die Veteranen aus der Zeit der glorreichen Kriege wird zur Zeit wieder im Uebermaß gethelt. Ein trauriges Zeichen für unser Volk, bei dem die Kulturaufgaben angeblich nicht leiden. An bürgerliche Blätter schreibt nun ein alter Veteran u. A. Folgendes:

„Fast ist es schon vergessen, unsere Zeit lebt schnell dahin, kaum wird daran gedacht, die einst als Sieger, ja als Helden gefeiert wurden und nun fast sie an, die noch lebenden, die alten Kämpfer! Der größte Teil — die jüngsten über fünfzig Jahre — geht seiner Arbeit nach und ernährt sich und seine Familie. Ein zweiter, kleinerer Teil ist dies nur hald im Stande und nährt sich mühsam und schwer durchs Leben. Der dritte, kleinste Teil, welcher eben von Jahr zu Jahr größer wird, ist nicht mehr im Stande, sich zu erhalten und zu verdienen. Da ist die Brust krank — ach wie lange schon — und doch ist unendlich nachzuweisen, daß es vom Feldzuge herrührt, ebenso der Rheumatismus, wochen, monatlanges Krankenlager und was das Schlimmste, keine Kräfte mehr! Der Saft ist raus, der Knochen ist steif. Und nun erst die letzten. Wie viele sind vom Schlage gelähmt, wie viele können nicht mehr raus, sie liegen auf ihrem harten Lager, bis der Senlenmann kommt, um sie zu erlösen. Sollte all' dieser Braven nicht gedacht werden? Ich kann, ich will nicht weiter schreiben. Möge ein jeder Denkende, ein jeder Mißfahrende hier sich selbst finden und wissen, was er zu thun hat. Denen aber, die in herzoglicher Weise nichts davon wissen wollen oder gar es bezweifeln, die bitte ich: „Ueberzeuge Dich.“

Milliarden sollen für die Flotte in's Wasser geworfen werden, aber für die alten Kämpfer, welche die errungene Reichseinheit heute in ihren Knochen spüren, ist nicht genügend geforgt. Sollte es der Flottenvorlage wegen zu einer Reichstagsauflösung kommen, dann haben die Veteranen des „heiligen“ Krieges die beste Gelegenheit, für den Umdank der Vaterlandskämpfer mit einem sozialdemokratischen Stimmzettel zu quittieren.

* Im Blätterwalde ist die Wetterbetrachtung jetzt zu einer ständigen Rubrik geworden. Ja, mit gewissem Recht. Denn ein so absurder „Umsturz“, wie der wiedergekehrte Winter allem Frühlingshoffen angebeihen ließ, dürfte nicht oft dagewesen sein. Der letzte Sonntag war das trasse Gegenstück von seinem lachenden Vorgänger. Scharf und schneidend pfeif der Märzwind durch die Straßen, um das wieder ins Land der Träume zu wehen, was die Sonne gut zu machen versprach. So hatten wir ein gar seltsames Bild. Straßen und Bürgersteige voll des schmutzig-grauen Nischmasches, der an einit gemessene „Schneeweiße“ Farbe erinnerte. Fast so feucht der Boden, als ob man im beginnenden Taufrühling dahinstolzirte und dabei die grimme Kälte, die längst weggelegten Handschuhe und Pelzfächer — sofern solche aufzutreiben waren — herauszuholen hieß. In der Nacht zum Sonntag war diese Kälte gar auf 11 Grad gesunken. Gar so arg war's ja am Nachmittage nicht, aber gerade noch genug, um den „Märzwinter“ in alle Winkel zu verweihen. Die Oder hatte sich mit Treib- und Grundeis bedeckt, das mehrfach sich stautete und schon wieder eine feste Eisdecke zu bilden begann. — Von Answärts wird reicher Schneefall gemeldet. An Kälte soll aber Breslau fast alle anderen Städte übertreffen haben.

* Die Kohlennoth macht sich nunmehr, wie das „Oberschles. Tagebl.“ aus Kattowitz meldet, auch dort immer empfindlicher bemerkbar. „Sonntags war es außerordentlich schwer, Kohlen aufzutreiben. Nach der Ferdinandsgrube gefandte Fahrzeuge von Privatleuten kehrten ohne Kohlen und mit dem Bescheide zurück, daß die Grube heute kumulativ keine Kohlen verkaufe, da sie die ganze Förderung in Eisenbahnwagen verladen müsse. Die Kattowitzer sind demnach allein auf die Neophaggrube angewiesen, welche bekanntlich nicht durch Verträge mit den Großhändlern gebunden ist. Dicht an der Quelle also herrscht Kohlennoth, während den Herren Kaiser Wollheim und Friedländer u. A., welche täglich 2500 Wagen Kohle verwenden, ein Tagesverdienst von je 75,000 Mark nachgerechnet wird. Erreulich ist ein solcher Zustand keineswegs.“ Das glauben wir!

